

AStA-Zeitung

NACHRICHTEN RUND UM DIE UNI UND DAS STUDENTISCHE LEBEN

Ausgabe 20 - April 2012

EDITORIAL

Das Sommersemester beginnt, der Frühling ist da und dazu auch die neue AStA-Zeitung. Wir sind jetzt bereits im letzten Viertel unserer Amtszeit und möchten an dieser Stelle ein kurzes Fazit ziehen.

Wenn wir auf die letzten neun Monate zurückblicken, stand am Anfang die Neugier und die Vorfreude auf die neue Aufgabe, gepaart mit teilweise völliger Ahnungslosigkeit, was wann und wie zu tun war. Dies haben wir dann zum Glück zügig überwunden und spätestens nach der Ersti-Woche lag unsere erste Feuerprobe hinter uns. In den nächsten Monaten trat dann ein wenig Routine ein und neben den alltäglichen Aufgaben begannen auch neue Projekte, wie die Neugestaltung der Homepage und das Arbeiten an einer breiteren Außenwirkung des AStA. Auch wurde der AStA technisch aufgerüstet, neben neuem Farbkopierer wurden die Räume vernetzt und bald ist auch die Umstellung der PC-Arbeitsplätze abgeschlossen.

Allerdings gab es auch Rückschläge; die Zeitung erschien nicht so oft wie wir es uns gewünscht hatten, was teils an nicht vorhandenen Artikeln und teils an Verzögerungen im Betriebsablauf lag. Auch Projekte wie die neue Homepage verzögerten sich aus unterschiedlichen Gründen.

Nun, wo wir uns auf der Zielgraden befinden, sind diese Dinge aber fast alle erledigt und das große Projekt an Ende einer jeden AStA-Amtszeit nähert sich, das Innenhof-Festival, oder wie es in diesem Jahr heißen wird: Fairytale-Festival. Dank neuer Homepage, Social-Media Integration und eines sehr fähigen IT-Admins fühlen wir uns dafür gut gerüstet. Gern hätten wir euch bereits in dieser Ausgabe der AStA-Zeitung mit einem Artikel über den aktuellen Stand des Fairytale-Festival informiert, dieser stand aber bis Redaktionsschluss nicht zur Verfügung. Ggf. findet sich dazu ein Einleger in dieser Zeitung.

Weitere Informationen zum AStA und seiner Arbeit findet ihr unter:

www.asta.uos.de

facebook.com/AStA.Uni.Osnabrueck

StuRa statt StuPa

STUDIERENDENPARLAMENT VERABSCHIEDET

NEUE SATZUNG



ABSTIMMUNG ZUR NEUEN SATZUNG

Ab dem Sommersemester 2013 gibt es an unserer Universität kein Studierendenparlament mehr, sondern einen Studierendenrat (StuRa), dies hat das StuPa am 29. 03. in einer 4-stündigen Mammutsitzung beschlossen.

Die bisherige, aus dem Jahre 1979 stammende Satzung wurde im letzten dreiviertel Jahr von einem Arbeitskreis aus Mitgliedern verschiedener Hochschulgruppen und unter Beteiligung von vielen anderen studentischen Akteuren grundlegend überarbeitet.

Die wichtigsten Änderungen sind folgende:

Fachschaften und Hochschulgruppen rücken näher aneinander, da im StuRa nun auch Repräsentanten der Fachschaften sitzen, welche in Zukunft durch die Fachschafts-Koordinations-Konferenz (FKK) gewählt werden.

Selbige wird aufgewertet und gleichzeitig ändert sich dort das Stimmengewicht; denn wenn es bisher so war, dass nur ein Vertreter pro Fachbereich stimmberechtigt war, ist jetzt jede Fachschaft stimmberechtigt.

Diese Änderung folgt aus der Neufassung/Definition der Fachschaften, denn wenn es bisher Fachschaften, die den gesamten Fachbereich und Unterfachschaften, die nur ein Fach ihres Fachgebiets vertreten haben und daher in der FKK nicht stimmberechtigt waren gab, gilt nun jede Fachschaft, welche eine Disziplin, also fachlich und inhaltlich ähnliche Studienfächer eines Fachbereichs repräsentiert, als vollständige Fachschaft mit eigenem Haushalt und ist damit auch stimmberechtigt. Jede Fachschaft hat damit in der FKK eine Stimme und pro 300 vertretene Studierende eine weitere.

Des Weiteren wurde das Gremium Vollversammlung, welches bisher zwar laut Satzung existierte, aber nicht in Aufgaben und Fähigkeiten definiert war, deutlicher abgegrenzt und mit klar umrissenen Kompetenzen versehen. So kann die Vollversammlung nun z. B. bindende Beschlüsse fassen, wenn 10 Prozent der Studierenden teilnehmen und die Entscheidung mit 2/3 Mehrheit zustande kommt.

Und nicht zuletzt wird den Fachschaften optional ermöglicht, eigenverant-

wortlich über ihren Haushalt zu verfügen.

Auf der letzten StuPa-Sitzung der Legislatur 11/12 wurde zwischen Arbeitsgruppe und Hochschulgruppen sachlich und ausführlich über die Veränderungen und ihre möglichen Auswirkungen diskutiert und schließlich nach über vier-stündiger Sitzung und einigen Änderungen wurde die neue Satzung mit lediglich zwei Enthaltungen angenommen.

Abschließend gab es Lob und Anerkennung für den Arbeitskreis, der die neue Satzung erarbeitet hatte.

Allerdings ist damit der Prozess noch nicht abgeschlossen, denn jetzt müssen alle Ordnungen, Satzungen und andere Elemente, welche sich noch an der alten Satzung orientieren, angepasst werden. Spätestens im Sommersemester 2013 wird es dann aber soweit sein. Dazu meint Paul Lücke, Präsident des StuPa 11/12: „Am Ende wird es so sein, dass die Hochschulpolitik näher an die Basis der Studierenden in den Fächern rückt. Dafür hat sich das Arbeiten dann gelohnt“

Mediation im AStA

MEDIATOR MAXIMILIAN GESSNER

IM GESPRÄCH

(Benjamin Havermann) Seit dem 16. Januar 2012 hält Maximilian Geßner jeden zweiten Montag im Monat von 11 bis 13 Uhr seine Sprechstunde im AStA. Maximilian Geßner ist Wirtschaftsmediator und schlichtet Konflikte außerhalb von Gerichten. Wir haben mit ihm gesprochen:

Mit welchen Problemen kann man sich an Sie wenden?

Grundsätzlich kann man in die Konfliktberatung mit eigentlich jedem Problem kommen, wie zum Beispiel der Streitigkeit mit dem Vermieter, Arbeitgeber, Nachbarn, aber auch im Bereich der Ausbildung. Grundsätzlich gilt, dass die Konfliktberatung sich mit allen Streitigkeiten befasst, die kein rein rechtliches Problem darstellen oder therapeutische Hilfe erfordern. Aber genau

das kann man in der Konfliktberatung besprechen und herausfinden.

Was ist unter Mediation zu verstehen?

Mediation ist im Kern Verhandeln, mit der Besonderheit, dass ein speziell geschulter neutraler Dritter hinzukommt und der Ablauf des Mediationsverfahrens eine besondere Struktur hat. Nicht mehr und nicht weniger.

Warum sollten Studenten zu Dir kommen und nicht zu einem Anwalt gehen?

Wer einen Konflikt oder Streitfall hat, kann sich überlegen, welche Möglichkeit er wählen möchte, um seinen Streit beizulegen. Hierbei stellt die Mediation eine gute Möglichkeit zur außergerichtlichen Konfliktlösung dar. In einigen Fällen ist der Weg zum Anwalt jedoch zu empfehlen, dies ist immer im Einzel-



MAXIMILIAN GESSNER

fall zu betrachten. Reine Rechtsprobleme gehören nicht in die Mediation.

Was sind die genauen Vorteile einer Mediation gegenüber einem Gerichtsverfahren?

Eine Mediation ist vertraulich, direkt, schnell und für Studenten der Uni Osnabrück kostenlos. Eine Lösung im Mediationsverfahren stellt für beide Parteien einen Erfolg dar, die typische Win-win-Situation. Zumal die Mediation eine Erfolgsquote von ca. 80 % hat.

Wo kommt eigentlich die Form der Mediation her?

Die Mediation als Form der Konfliktlösung gibt es tatsächlich schon seit langer Zeit. Richtig publik ist sie jedoch erst wieder in den letzten Jahren in Amerika und Europa geworden.

Was muss man können, um Mediator zu sein?

Als Mediator sollte man ein ausgeglichener und unvoreingenommener Mensch sein, gut zuhören können und sich in die Parteien hineinversetzen können. Zusätzlich braucht man eine Ausbildung zum Mediator.

Wie wird man denn zum Mediator?

Ich habe eine 150 Stunden umfassende Ausbildung zum Wirtschaftsmediator bei der Tenos AG in Hamburg gemacht. Hierbei konnte ich die Theorie der Mediation lernen und anhand vieler Beispielfälle und Beispielverfahren die Praxis üben. Zusätzlich konnte ich in der letzten Zeit in einigen Konflikten beraten und tätig werden.

Was kann man bei ganz verzwickten Fällen machen, wenn die Parteien nicht aufeinander zugehen wollen?

Die Aufgabe des Mediators ist, genau dies zu erreichen. Begonnen bei der gemeinsamen Entscheidung, ein Mediationsverfahren durchzuführen, bis hin zur eigentlichen gemeinsamen Verhandlung des Streitfalls. Schließlich ist es als außenstehender Dritter meistens einfacher, die Bedürfnisse der Parteien zu erkennen und diese vermitteln zu können.

Welche Voraussetzungen müssen

Studenten mitbringen, damit sich eine Mediation lohnt?

Als Voraussetzung ist hier nur erforderlich, dass die Studentin oder der Student ein Problem hat und willens ist, dieses zu lösen.

Welche Kosten können bei einer eventuellen Mediation anfallen?

Die Konfliktberatung beim AStA, sowie ein eventuelles Mediationsverfahren sind für Studenten der Universität Osnabrück komplett kostenlos.

Warum haben Sie sich gerade den AStA als Dienststelle für Ihre Tätigkeiten ausgesucht?

Ich finde es wichtig, dass die Mediation auch für Studenten ein zugängliches Verfahren zur Konfliktlösung ist. Da ich selber noch Student bin, sind mir die typischen und untypischen Probleme bekannt, die man oftmals mangels Geld nicht so lösen kann, wie man gerne möchte. Das kann in der Mediation anders sein.

Studenten: Die Elite von morgen?

(Elissar Soraya Hmayed) Früher stand fest: Wer studiert, wird später auch was werden. Mittlerweile steht fest: Das große Geld, der sichere Arbeitsplatz und die gesellschaftliche Anerkennung sind eher zur Hoffnung als zur Gewissheit geworden.

Selbst wo man heute spöttisch über Elite redet, wurde man früher durch den einfachen Gang durch das Hochschulwesen zum angesehenen Bürger.

Eine Gruppe aus Studierenden und Studentenvertretern, die sich selbstironisch „Die Elitefabrikanten“ nennt, hat sich dem Thema Elite angenommen. Sie wollen Bildungslücken schließen, bestehende Klischees tilgen – oder vielleicht auch bestätigen. Herausgekommen ist dabei eine Veranstaltungsreihe mit hochkarätigen Gästen und interessanten Vorträgen.

Den Auftakt wird der bekannte und renommierte Elitenforscher Michael Hartmann geben. Am Donnerstag, den 26. April, wird er um 18 Uhr in der Schlossaula einen einführenden Vortrag über Eliten in Deutschland halten und die Frage beleuchten, ob Studierende heute noch Elite sind.

Danach spricht der Historiker Morten Reitmayer am 10. Mai um 18 Uhr über die Entstehung des Elitebegriffs in der Bundesrepublik. Der Vortrag wird im Zimeliensaal der Unibibliothek Alte Münze stattfinden.

Als nächstes wird der Erziehungswissenschaftler Morus Markard am 31. Mai um 16 Uhr im Raum 15/130 auftreten. Dabei geht es um das psychologische Konzept der Hochbegabtenförderung aus marxistisch-elitenkritischer Perspektive.

Danach folgt der Vortrag von dem Historiker Rolf-Ulrich Kunze am 21. Juni um 18 Uhr im Raum 41/112. Dabei wird der Umgang mit hoher Begabung in der Studienstiftung des deutschen Volkes, 1925 bis 1933/34 und seit 1948 thematisiert.

Zum Abschluss wird es eine künstlerische Reflektion der Vorträge am 12. Juli um 18 Uhr im Studierendenzentrum „Baracke“ am Westerberg geben.

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen und eventuellen Änderungen werden demnächst bekannt gegeben. Alle Vorträge sind selbstverständlich kostenlos.

Um auf die Veranstaltungsreihe aufmerksam zu machen, haben sich die „Elitefabrikanten“ eine ganz besondere Werbeaktion ausgedacht. Zu beachten sind dabei besonders die Toiletten der Universität in der Innenstadt und am Westerberg.

Weitere Informationen findet ihr unter asta.uos.de/elite

Die Autorin ist AStA-Referentin für Hochschulpolitik und Mitglied bei den „Elitefabrikanten“

Impressum

Zeitung des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der Universität Osnabrück

Ausgabe 20 - April 2012

Die Redaktion:

Jan Lipovsek, Soraya Hmayed, Rania Kerk, Jan Rickermann, Alexander Boberg, Benjamin Havermann, Julian Detmer, Melvin Neumann, Roman Skrodzki, Horst Riedewald, Lena Duvendack, Paul Wiesehöfer, Juliane Pöpke, Lukas Hennies.

V.i.S.d.P:

Horst Riedewald, Lena Duvendack
(Referenten für Öffentlichkeit)

Alte Münze 12
49074 Osnabrück
email: asta-oeffentlichkeit@uos.de
<http://www.asta.uos.de>
<https://www.facebook.com/AStA.Uni.Osnabrueck>

Ausstellung: Umkämpfte Vergangenheit

ERINNERUNG AN DEN SPANISCHEN BÜRGERKRIEG UND DEN FRANQUISMUS

Der AStA richtet in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt Osnabrück und dem Cafe Mano Negra vom 16. 04 bis 18. 05 die Ausstellung ‚Umkämpfte Vergangenheit - Erinnerung an den spanischen Bürgerkrieg und den Franquismus‘ aus. Die Ausstellung findet in der 2. Etage im Schloss der Uni statt und ist Montags bis Freitags von 8 bis 22 Uhr und Samstags von 8 bis 14 Uhr geöffnet.

Im Rahmen der Ausstellung finden zwei Veranstaltungen statt.

Zum Einen am 16. 04 um 19 Uhr im Raum 213 des Schlosses zum 75. Jahrestag der Bombardierung Gernikas/Guernicas ein Vortrag von Hannes Herr zum Thema: ‚Guernica oder der Beginn des 2. Weltkrieges‘.

Sowie am 10. 05 um 19 Uhr in Raum 211 des Schlosses eine Diskussion über die Ausstellung und Fragen der Erinnerungspolitik mit einem Mitglied der AG Geschichtspolitik des Vereins Grenzenlos e.V.

Die AG Geschichtspolitik des Berliner Vereins Grenzenlos hat im Anschluß an eine Bildungsreise die Ausstellung zur Geschichte der Erinnerung an den Spanischen Bürgerkrieg und Franquismus in verschiedenen Teilen Spaniens und Frankreichs entwickelt. Auf 17 Tafeln geht sie auf Erinnerungsorte und -projekte ein. Sie hat den Fokus auf die Darstellung unterschiedlicher erinnerungspolitischer Zugänge gelegt, die je nach politischem Gewicht und regionaler Geschichte variieren. Die Ausstellung stellt Initiativen von erinnerungspolitischen Projekten vor, die sich jenseits der offiziellen Rhetorik bewegen, für historische Gerechtigkeit eintreten und Kontinuitäten benennen.

Begleitet wird die Ausstellung von zwei Veranstaltungen, die auf die aktuelle Sprengkraft und spezifische Aspekte der Erinnerung hinweisen und zur Diskussion anregen.

Bürgerkrieg – Soziale Revolution – Intervention

Im Juli 1936 putschen rechte Militärs um Franco, unterstützt von Teilen des Bürgertums, Großgrundbesitzern, des Adels und der katholischen Kirche gegen die junge Republik und das wenige Monate zuvor durch Wahlen bestätigte linke Regierungsbündnis. Der Putsch richtet sich auch gegen eine lange Folge von Aufständen, Landbesetzungen und Massentreiks, die von antiautoritären, anarchistischen Kollektiven und

Gewerkschaften unterstützt wurden. Es gelingt den libertären Organisationen in Bündnissen mit weiteren ArbeiterInnenorganisationen, den Militärputsch kurz nach seinem Beginn in verschiedenen Landesteilen zurückzuschlagen. Der Angriff der Reaktionäre wird mit der Selbstorganisation des öffentlichen Lebens, der Kollektivierung von Betrieben und Landwirtschaft sowie der kämpfenden Verteidigung gegen die Putschisten beantwortet. Gleichzeitig solidarisieren sich weltweit fortschrittliche Menschen für die Republik und die Soziale Revolution, viele kämpfen in Spanien in den Internationalen Brigaden.

Der Bürgerkrieg erhält eine internationale Dimension in Folge der militärischen Intervention des faschistischen Italiens und Nazi-Deutschlands auf Seiten der Putschisten und der militärischen Unterstützung der Republik durch die Sowjetunion und Mexiko. Er wird zu einem militärischen Versuchsfeld für den Zweiten Weltkrieg, die deutsche ‚Legion Condor‘ probt den systematischen Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung, bei dem Städte wie Gernika/Guernica, Madrid oder Barcelona planmäßig zerstört werden. Im März 1939 besetzen deutsche Truppen die noch nicht annektierten Teile der Tschechoslowakei, im September beginnt mit dem Überfall auf Polen die deutsche Okkupation Europas, der Vernichtungskrieg und die Shoah.

Franquistische Diktatur

In Spanien folgt dem Sieg der Franco-Truppen im Frühjahr 1939 eine lange Periode der faschistischen Repression, die besonders viele Opfer in denjenigen Gebieten fordert, in denen die ArbeiterInnenbewegung und die sich vom großspanischen Nationalismus distanzierenden Unabhängigkeitsbewegungen am stärksten vertreten sind. Nach 1945 gelingt es entgegen der Erwartungen der RepublikanerInnen nicht, die Herrschaft Francos zu beenden. Im ‚Kalten Krieg‘ entwickelt sich die franquistische Diktatur zum Verbündeten der West-Alliierten, nun errichten die USA in Spanien Luftwaffenstützpunkte. Die BRD erkennt das Regime in den 1950er Jahren an und schließt mit ihm Verträge zur Ausbeutung von spanischen ‚GastarbeiterInnen‘ ab.

Erst nach dem Tod Francos findet die Diktatur 1977 ihr Ende und geht in eine parlamentarische Monarchie unter Beteiligung der alten Eliten aus Militär, Verwaltung, Wirtschaft, Politik und Polizei über.

„Pakt des Schweigens“

Die politischen Ziele der Linken, die bereits in den 1950er und verstärkt in den 1960er Jahren in zahlreichen Streiks und Massendemonstrationen wieder an Stärke gewinnen, sind damit nicht erfüllt. Aber viele, die nach 1939 nicht aufgegeben, die in Frankreich in den Reihen der Résistance gegen die Nazis, als Maquis bewaffnet in Spanien und später in den illegalen Gewerkschaften und Parteien gekämpft haben, gehen notgedrungen auf einen „Pakt des Schweigens“ ein: Der Übergang zu normalen westeuropäischen – d. h. demokratisch-kapitalistischen – Verhältnissen wird mit der Straffreiheit der franquistischen TäterInnen und einem staatlich organisierten Vergessen erkaufte.

Dieses Schweigen hat von Beginn an Risse. Aber erst in jüngster Zeit nimmt der Widerspruch und die Kritik zu, mehr und mehr Menschen fragen nach dem Schicksal ihrer Verwandten und GefährtInnen; überall im Land entstehen erinnerungspolitische Gruppen. Beschleunigt wird dieser Prozess nicht zuletzt durch die bisweilen ungebrochen positive Bezugnahme der rechts-konservativen Regierung unter José María Aznar auf die Franco-Diktatur und die anhaltenden öffentlichen Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit über den Spanischen Bürgerkrieg.

„Ley de la Memoria Histórica“ (Erinnerungsgesetz)

2007 verabschiedet die sozialdemokratische Parlamentsmehrheit das „Ley de la Memoria Histórica“ (Erinnerungsgesetz), das die gesellschaftliche Diskussion verbreitert. Dem Gesetz gehen heftige politische Auseinandersetzungen voraus, nicht nur mit der politischen Rechten. Auch große Teile der Linken kritisieren das Gesetz als nicht weitgehend genug. Seitdem werden nach Schätzungen etwa ein Siebtel der Toten aus den Massengräbern exhumiert. Ehemalige RepublikanerInnen finden posthum Anerkennung und viele Franco-Denkmäler werden – nach über 30 Jahren – demontiert. Die Spaltung der Gesellschaft, die der faschistische Putsch und der Bürgerkrieg hinterlassen haben, ist dennoch vor allem in den ländlichen Regionen bis heute nicht überwunden, auch wenn viele Bürgerkriegsbeteiligte mittlerweile gestorben sind.

Je nach Region und Ort differieren die Ansätze der Erinnerung teilweise beträchtlich oder stehen sich konträr gegenüber. So kämpft beispielsweise im Baskenland die Gruppe „Ahaztuak 1936-1977“ um ein Sichtbarmachen

historischer Orte wie ehemalige Konzentrationslager und Gefängnisse und setzt sich auch für eine strafrechtliche Verfolgung noch lebender TäterInnen ein. Gleichzeitig entsteht in der Ebro-Region, wo die letzte große Schlacht des Bürgerkrieges stattfand, eine auf unpolitischen bis militaristischen Tourismus ausgerichtete Erinnerungslandschaft mit zahlreichen Museen auf der Basis einer Botschaft der Versöhnung, die RepublikanerInnen und FranquistInnen als Schuldige und Unschuldige gleichermaßen darstellt – getreu dem Motto: „Über den Gräbern reichen wir uns die Hände.“

Eine besondere Situation stellt die Erinnerung an den Spanischen Bürgerkrieg in Südfrankreich dar, zumal sich hier gesellschaftliche Kontroversen über die Résistance, die Rolle des Vichy-Regimes und die Geschichte exilierter RepublikanerInnen überkreuzen. Der französische Staat hat seine Verantwortung für die zahlreichen (Konzentrations-)Lager, in welchen die republikanischen Flüchtlinge aus Spanien nach 1939 interniert wurden, lange Zeit verleugnet. Erst in den letzten Jahren sind Gedenkstätten und -orte entstanden, die vielfach auf die Initiative kleiner erinnerungspolitischer Gruppen zurückgehen.

Auch die Bundesrepublik Deutschland ignoriert Jahrzehnte lang die Kriegsverbrechen der ‚Legion Condor‘. Bundeswehrkasernen werden nach den ‚Fliegerhelden‘ benannt. Erst 1997 wird eine „schuldhafte Verstrickung“ eingeräumt. Die Frage nach der Verantwortlichkeit, nach den Verbrechen und den Mördern wird weiterhin nicht gestellt.

„dem Konformismus abzugewinnen“

Die Frage bleibt, was schwerer wiegt: Das Totschweigen der Vergangenheit oder ihre pluralistische Integration in den herrschenden gesellschaftlichen Konsens? Denn auch der Neutralisierung des Geschehenen zum glücklich aufgearbeiteten und allseits kopfnickend anerkannten „Es war einmal“ gilt es, sich zu widersetzen. Es muss darum gehen, die Erinnerung nicht zu bewahren, sondern sich ihrer zu *bemächtigen*. Die verlorenen Kämpfe und Hoffnungen reichen in ihrer Unabgegoltenheit in die Gegenwart hinein. Sie zu aktualisieren und so „die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen“ - dazu soll die Ausstellung über die umkämpfte Vergangenheit in Spanien ein Beitrag sein.

Weitere Informationen zur Ausstellung und auch zu den zwei Veranstaltungen findet ihr unter asta.uos.de/polbil

„Hunger ist kein Schicksal“

EIN GESPRÄCH MIT ROMAN HERRE, AGRAREXPORTE VON FIAN

(Das AStA Referat für Ökologie präsentiert diesen Artikel mit freundlicher Genehmigung des Amnesty Journals)

Der 46-jährige Ali Maolim Hassan arbeitete in Somalia als Bauer. Auf seinen Feldern pflanzte er mit seiner Familie unter anderem Mais und Bohnen an, zudem hielt er Vieh. Wegen der Dürre musste er gemeinsam mit seiner Frau und seinen acht Kindern nach Kenia fliehen. Er verkaufte seinen Besitz und bezahlte damit die Fahrtkosten bis an die Grenze. Kurz bevor sie ein Flüchtlingscamp erreichen, raubte der Fahrer sie aus und ließ sie in der Wüste zurück. Schließlich gelangte die Familie nach Dadaab. „Es ist jetzt ok – wir sind hier“. sagt er.

Werden angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums Hungerkatastrophen künftig zunehmen?

Die Debatte über das Bevölkerungswachstum halte ich für zweitrangig. Die UNO hat beispielsweise festgehalten, dass die Wurzel des Problems nicht ein Mangel von Nahrungsmitteln ist, sondern der mangelnde Zugang großer Teile der Weltbevölkerung zu verfügbaren Nahrungsmitteln.

Trifft das auch auf die aktuelle Krise am Horn von Afrika zu?

Da spielen natürlich sehr viele Faktoren eine Rolle. Wir glauben jedoch nicht, dass Hunger eine Naturkatastrophe ist, also eine Art Schicksal, das die Menschen regelmäßig überfällt. Verantwort-

lich sind vielmehr grundlegende strukturelle Probleme in diesen Ländern. Wir haben vor zwei Monaten Kenia bereist. Dort wurden in den vergangenen Jahren riesige Flächen fruchtbarstes Ackerland an Investoren veräußert, die für den Export produzieren wollen. Zudem werden die Nomadenvölker vertrieben und von ihren Wanderwegen abgeschnitten, von ihrem Zugang zu Wasser. Das ist ein wichtiger Teil dieser Gesamtproblematik.

Wer kauft das Land?

In Kenia zum Beispiel haben wir einen Fall dokumentiert, bei dem Politiker mit einem großen nationalen Konzern verbunden sind. In Äthiopien beispielsweise hat ein europäischer Investitionsfonds 8.000 Hektar Land über eine israelische Firma akquiriert. Es gibt also sehr viele unterschiedliche Akteure in diesem Kontext.

Nahrungsmittel sind also auch Gegenstand von Spekulationen?

In den vergangenen 15 bis 20 Jahren gab es nur geringe Preisschwankungen, die vor allem auf regionale Dürreperioden oder auf Ernteeinbußen zurückzuführen waren - sogenannte Fundamentalfaktoren. Dann wurde der Finanzmarkt stark dereguliert.

Das Verhältnis zwischen den Akteuren, die tatsächlich Interesse an den physischen Waren haben, und jenen, die rein spekulativen Tätigkeiten nachgehen, hat sich seitdem umgekehrt. In den USA, auf der wichtigsten Weizenbörse weltweit, hat sich in den vergan-

genen sieben, acht Jahren die Zahl der Termingeschäfte mit Weizen ungefähr verdreifacht.

Besteht ein Zusammenhang mit dem Anbau von Agrartreibstoffen?

Auf jeden Fall. Sie nehmen natürlich Boden und Agrarfläche weg. Bis zu 500 Millionen Hektar Ackerland sollen in den nächsten zehn bis 20 Jahren für Agrartreibstoffe genutzt werden - das ist ein knappes Drittel des aktuell weltweit bewirtschafteten Agrarlandes. Diese Nachfrage ist künstlich erzeugt, beispielsweise durch die Beimischungsquoten in der Europäischen Union. Das bietet natürlich auch Spekulanten Futter, die dann sagen: Dieser Markt ist gesetzlich abgesichert, darauf setzen wir. Viele Akteure, die sich Land aneignen, zerstören damit die lokale Nahrungsmittelproduktion. In Kenia fließt ein großer Teil der Investitionen in den Bereich Agrartreibstoffe. Es gibt in diesem Bereich viele sogenannte schlafende Projekte. Das heißt, nach dem Kauf kann es passieren, dass die Investitionen erst einmal gestoppt werden, weil die Nahrungsmittelpreise stark gefallen sind, wie zuletzt 2008. Das heißt, es wird mit dem Hunger spekuliert.

Wer kann auf diese Entwicklung noch Einfluss ausüben?

Wir sollten uns zuerst an die eigene Nase fassen. Was kann in Deutschland, in Europa getan werden, um diesen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken? Das Thema Agrartreibstoffe ist sehr relevant. Nächstes Jahr will die Europäische

Kommission untersuchen, welche Auswirkungen die Beimischungsquote auf Nahrungsmittelpreise, auf Landrechte, auf Vertreibung, auf Hunger hat. Unser Ziel wäre, dass diese Quote aufgehoben oder zumindest abgeschwächt wird. Ein anderer Faktor, den ich aus menschenrechtlicher Perspektive besonders relevant finde: Wir setzten uns seit 20 Jahren dafür ein, dass Menschen, deren Recht auf Nahrung verletzt wird dieses Recht international einklagen können. Ein solches Zusatzprotokoll zum Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte gibt es zwar schon. Es tritt aber erst in Kraft, wenn die Regierungen es ratifizieren. Bis heute weigert sich Deutschland, dies zu tun. Das Menschenrechtssystem im Kontext der Globalisierung fit zu machen, ist für uns ein wichtiger Hebel, um Hunger zu bekämpfen. *Fragen: Anton Landgraf*

Die Menschenrechtsorganisation FIAN (Food First Informations-und Aktions-Netzwerk) setzt sich dafür ein, dass alle Menschen frei von Hunger leben und sich selber ernähren können. FIAN kämpft für das Recht auf angemessene Ernährung auf Basis internationaler Menschenrechtsabkommen, insbesondere des Sozialpaktes. FIAN International hat Mitglieder und Sektionen in 60 Staaten Afrikas, Amerikas, Asiens und Europas.

Erschienen im Amnesty Journal (Das Magazin für die Menschenrechte von Amnesty International)

Ein Stück mehr Familienfreundlichkeit

ASTA UND UNIBAMBINOS ERÖFFNEN NEUES FAMILIENZIMMER

(Benjamin Havermann) **Auf Initiative des AStA-Sozialreferats und mit Unterstützung des Servicebüros für studierende Eltern (UniBambinOS), gibt es seit kurzem einen weiteren Ort, an dem sich Studentinnen und Studenten mit ihren Kindern aufhalten können.**

Das Familienzimmer befindet sich am Standort Innenstadt im dritten Stock des Kolpinggebäudes (01/304), also in zentraler Lage. Dank zahlreicher Sachspenden von Studierenden und Universitätsbeschäftigten bietet der Raum eine kindgerechte und gemütliche Atmosphäre. Sitzsäcke, Kinderbücher und ein Sammelsurium von Spielzeugen laden Kinder zum Spielen und ihre Eltern zum Verweilen ein.

In erster Linie können studierende Eltern hier zur Ruhe kommen, Veranstal-

tungen vor- und nachbereiten und ihren Nachwuchs betreuen. Langfristiges Ziel vom Sozialreferat des AStA und dem UniBambinOS ist, eine selbstorganisierte Betreuungskooperation zu initiieren. Studierende könnten z.B. während einer Veranstaltung gegenseitig ihre Kinder in dem Raum betreuen. Damit soll ein Beitrag zur Entwicklung von Angeboten der Randzeitenbetreuung geleistet werden. Das Angebot, nach dem Motto „Studierende helfen Studierenden“, unterstützt zudem die Vernetzung der Studierenden untereinander.

Jedoch wurde mit dem Familienzimmer nicht nur die Möglichkeit für eine Be-

treuungskooperation geschaffen. Die Universität Osnabrück hat sich ebenfalls im Rahmen des „audit familiengerechte hochschule“ grundsätzlich zum Ziel gesetzt, das Mitbringen von Kindern an die Universität zu erleichtern. Hiermit zeigt die Universität ihr Bestreben, zu einer familienfreundlichen Hochschulkultur beizutragen und die Vereinbarkeit von Studium und Familie zu verbessern.

Schließlich ist Familienfreundlichkeit nicht nur ein schöner Begriff, der sich in jeder Broschüre gut macht. Familienfreundlichkeit muss auch gelebt werden. Von dem Familienzimmer profitieren

also nicht nur Studierende mit Kind, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität und ihre Kinder sind ebenfalls herzlich willkommen.

Sowohl das Sozialreferat des AStA als auch das Servicebüro für studierende Eltern unterstützen Studierende mit Familienverantwortung. Das Sozialreferat dient zudem als Anlaufstelle für Studierende mit Handicap und psychosozialen Belastungen.

Das Beratungs- und Serviceangebot des UniBambinOS umfasst die individuelle Beratung für (werdende) studierende Eltern im Bereich der Vereinbarkeit von Studium und Familie. Dazu gehören Fragen der Studienorganisation- und -finanzierung ebenso wie die Kinderbetreuungsmöglichkeiten vor Ort. Zusätzlich werden verschiedene Projekte durch das UniBambinOS unterstützt und koordiniert.

